



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Florian Köhler, Ralf Stadler** und **Fraktion (AfD)**

Einschleusung beenden!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein schlüssiges Gesamtkonzept zu entwickeln und umzusetzen, das die Schleusung nicht registrierter Asylbewerber über die Grenzen zu Tschechien und Österreich nachhaltig unterbindet. Im Mittelpunkt sollen drei Ziele stehen: erstens die illegale Migration nach Bayern spürbar einzudämmen, zweitens die Geschäftsmodelle organisierter Schleusernetzwerke aufzubrechen und drittens die innere Stabilität zu sichern.

Der Landtag stellt fest, dass die bislang ergriffenen Maßnahmen des Bundes dafür nicht ausreichen, weil sie weder Schleusungen zuverlässig stoppen noch sämtliche Möglichkeiten des Grenzschutzes ausschöpfen.

Das Konzept soll insbesondere beinhalten:

- Fortlaufend aktualisierte Berichte, die Herkunftsländer, gängige Routen (etwa die Westbalkanstrecke) und die Arbeitsweisen der Schleuser klar benennen. Dadurch lassen sich Gegenstrategien passgenau zuschneiden.
- Konsequente Remigration von Personen, die ohne Aufenthaltsrecht eingereist sind oder deren Asylantrag abgelehnt wurde. Gleichzeitig: Prüfung, ob diese Praxis zu einem spürbaren Rückgang neuer unerlaubter Einreisen führt.
- Enge Abstimmung mit der Bundespolizei, um dauerhafte Kontrollen einzurichten.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, dem Landtag jedes Jahr darzulegen, wie wirksam die Maßnahmen sind, wie sich die Zahl illegaler Einreisen entwickelt hat und welche Fortschritte es bei der Zerschlagung von Schleuserstrukturen gibt.

Begründung:

Die Schleusung nicht registrierter Asylbewerber über Tschechien und Österreich stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko für Bayern dar. Laut Bundespolizei und Bayerischer Grenzpolizei wurden im Jahr 2024 ca. 19 300 illegale Grenzübertritte registriert und bundesweit 83 000 – die Schleusernetzwerke arbeiten weiter professionell. Häufig nutzen sie die Westbalkanroute. Viele Migranten kommen aus Syrien, Afghanistan oder der Türkei.

Seit September 2024 gibt es bundesweit stationäre Grenzkontrollen, und im Mai 2025 ordnete Bundesminister des Inneren Alexander Dobrindt (CSU) Zurückweisungen an. Nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei fehlen der Bundespolizei jedoch Personal, moderne Ausrüstung und Infrastruktur für lückenlose Kontrollen. Der Chef der Gewerkschaft der Polizei betont, dass flexible Kontrollen ohne Technik wie Drohnen oder schnelle Einsatzfahrzeuge kaum Wirkung zeigen. Erschwerend kommt hinzu, dass

Österreich abgewiesene Migranten häufig nicht zurücknimmt, was die Rechtslage kompliziert.

Auch auf EU-Ebene bestehen Defizite: 2022 wurden laut „SPIEGEL“ rund zwei Drittel der Asylbewerber in Deutschland (101 000 von 151 000) in keinem anderen Mitgliedstaat erfasst, was ungehemmte Weiterreisen vermuten lässt. Viele Länder verweigern Rücknahmen nach dem Dublin-Abkommen, wodurch Bayern zusätzlich belastet wird.

Bayern braucht daher ein eigenes, wirkungsvolles Konzept, das Rückführungen, moderne Technik und eine enge Kooperation mit den Nachbarstaaten vereint. Nur so lässt sich die Kontrolle über die Grenzen zurückgewinnen und die Sicherheit der Bevölkerung dauerhaft stärken.